

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/200575]

19. DEZEMBER 2019 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 69, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 51, abgeändert durch die Gesetze vom 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 17. Dezember 2019;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal, den Haushalt und die Finanzen;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Februar 2017, wird die Wortfolge "eines Fachbereichsleiters oder" gestrichen.

2. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

"Im Falle der Abwesenheit oder der Verhinderung eines Fachbereichsleiters werden in Ermangelung anderer Vorschriften seine Vollmachten von einem Bediensteten wahrgenommen, den der stellvertretende Generalsekretär, beauftragt mit der Personalentwicklung, anweist."

Art. 2 - In Artikel 9 § 1 Absatz 2 desselben Erlasses wird die Wortfolge "sowie für Aufträge, die im Rahmen des Gesetzes vom 18. Juli 2018 über den wirtschaftlichen Aufschwung und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts einem Nebentätigkeitserwerber erteilt werden" eingefügt.

Art. 3 - In Artikel 10 Absatz 2 desselben Erlasses wird die Wortfolge "sowie für Aufträge, die im Rahmen des Gesetzes vom 18. Juli 2018 über den wirtschaftlichen Aufschwung und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts einem Nebentätigkeitserwerber erteilt werden" eingefügt.

Art. 4 - In Artikel 16 § 1 Absatz 2 desselben Erlasses wird die Wortfolge "sowie für Aufträge, die im Rahmen des Gesetzes vom 18. Juli 2018 über den wirtschaftlichen Aufschwung und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts einem Nebentätigkeitserwerber erteilt werden" eingefügt.

Art. 5 - In Artikel 21 § 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Februar 2017, wird zwischen die Wortfolgen "als auch über die eigentlichen Anträge" und "zu befinden" die Wortfolge "sowie über den Entzug dieser Erlaubnisse" eingefügt.

Art. 6 - Artikel 22 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Februar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 wird wie folgt wieder eingeführt:

"§ 1 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 25. April 2019 zur Festlegung des Verfahrens zur Zulassung, Registrierung und Anerkennung der Fachkräfte der Gesundheitspflegeberufe und zur Ausstellung des Europäischen Berufsausweises über die Anträge auf Zulassung, Registrierung, Anerkennung und Ausstellung eines Europäischen Berufsausweises zu befinden."

2. § 2 wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 19. Dezember 2019 zur übergangsweisen Regelung des Verfahrens zur Erlangung einer Vorabgenehmigung oder Zustimmung zwecks Kostenübernahme oder Kostenbeteiligung für eine Langzeitrehabilitation im Ausland über folgende Anträge zu befinden, mit Ausnahme der dort vorgesehenen Beschwerdemöglichkeiten, und zwar:

1. über Anträge auf Erhalt einer Vorabgenehmigung zwecks Kostenübernahme der Langzeitrehabilitation im Ausland;

2. über Anträge auf Verlängerung der gemäß Nummer 1 vorabgenehmigten Langzeitrehabilitation;

3. über Anträge auf Erhalt einer Zustimmung einer Kostenbeteiligung an einer Langzeitrehabilitation im Ausland;

4. über Anträge auf Erhalt einer Zustimmung einer Kostenbeteiligung an einer außergewöhnlichen Behandlung im Ausland;

5. über Anträge auf Erhalt einer Beteiligung an den Reisekosten."

3. § 4 wird wie folgt ersetzt:

"§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Anwendung von Artikel 24 des Dekretes vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege beantragte Ausnahmeerlaubnis zur Beanspruchung eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren durch Personen mit Unterstützungsbedarf zu befinden."

Art. 7 - In Artikel 26 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Februar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. § 8 wird wie folgt ersetzt:

"§ 8 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, das in den Artikeln D.IV.14.2, D.IV.17.2, D.IV.20.2, D.IV.22.2 und D.IV.23.2 des Gesetzesbuches über die räumliche Entwicklung erwähnte einfache Denkmalgutachten abzugeben."

2. Folgende § 9 und 10 werden eingefügt:

"§ 9 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, den für den Denkmalschutz zuständigen Minister anlässlich des in Artikel D.IV.31 des Gesetzesbuches über die räumliche Entwicklung erwähnten Projekttreffens zu vertreten.

§ 10 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, zu dem in Artikel D.IV.31.1 des Gesetzesbuches über die räumliche Entwicklung erwähnten Projekttreffen einzuladen und das Protokoll dieses Treffens anzufertigen."

Art. 8 - In Artikel 29 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 21. Februar 2017 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 31. Januar 2019, werden folgende § 19 bis 21 eingefügt:

"§ 19 - Derselbe Fachbereichsleiter wird im Rahmen der Ausführung von Titel II Kapitel II des Gesetzesbuches über nachhaltiges Wohnen sowie des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 23. Dezember 1998 über die Gewährung von Zuschüssen an die Haushalte mit geringem Einkommen für eine rationelle und wirksame Energienutzung als für die

Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit der Kennziffer 32.00, 33.00, 34.00, 43.21 und 81.11 des Programms 21 des Organisationsbereichs 50.

§ 20 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Titel II Kapitel II des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen über das Anrecht auf Beihilfen für natürliche Personen zu befinden.

§ 21 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Anwendung der Ausfallbürgschaft für die Rückzahlung der in Artikel 14 § 4 Nummer 5 des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen erwähnten Hypothekendarlehen zu befinden."

Art. 9 - Artikel 30 desselben Erlasses, aufgehoben durch den Erlass der Regierung vom 21. Februar 2017, wird wie folgt wieder eingeführt:

"Art. 30 - Fachbereich Raumordnung - Raumordnung und Städtebau

§ 1 - Dem für den Fachbereich Raumordnung zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die in den Artikeln D.IV.16 und D.IV.19 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung erwähnten Stellungnahmen bzw. in den Artikeln D.IV.17 und D.IV.20 desselben Gesetzbuches erwähnten gleich lautenden Stellungnahmen abzugeben.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Genehmigungsanträge für die in Artikel D.IV.22 Absatz 1 Nummern 1 bis 10, D.IV.22.1 und D.IV.22.2 desselben Gesetzbuches erwähnten Handlungen und Arbeiten zu befinden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen der gemäß § 2 erteilten Vollmachten die in Artikel D.IV.23, D.IV.23.1 und D.IV.23.2 desselben Gesetzbuches erwähnten Städtebaubescheinigungen Nr. 2 auszustellen.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über Bescheinigungs- oder Genehmigungsanträge im Rahmen des in Artikel D.IV.31 desselben Gesetzbuches erwähnten Projekttreffens zu befinden bzw. die Regierung dort zu vertreten.

§ 5 - Derselbe Fachbereichsleiter wird dazu ermächtigt, dem Antragsteller die in Artikel D.IV.33 Absatz 1 desselben Gesetzbuches erwähnte Empfangsbescheinigung bzw. das Verzeichnis der fehlenden Unterlagen zu übermitteln, sowie Entscheidungsvollmacht erteilt, die Frist festzulegen, wenn das Gemeindegremium innerhalb der in Artikel D.IV.33 Absatz 2 desselben Gesetzbuches erwähnten Frist die Regierung über die Frist, innerhalb derer der Beschluss des Gemeindegremiums gesendet wird, nicht per Einsendung informiert hat.

§ 6 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel D.IV.35 § 2 Absatz 2 desselben Gesetzbuches die Stellungnahme der Dienststellen oder Ausschüsse bzw. Kommissionen zu ersuchen, deren Konsultation er als zweckmäßig erachtet.

§ 7 - Derselbe Fachbereichsleiter wird dazu ermächtigt, gemäß Artikel D.IV.36 desselben Gesetzbuches den Dienststellen oder Ausschüsse bzw. Kommissionen sowie dem Gemeindegremium die Antragsakte zu übermitteln und ihre Stellungnahmen zu ersuchen.

§ 8 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die in Artikel D.IV.39 § 1 desselben Gesetzbuches erwähnten Stellungnahmen abzugeben.

§ 9 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, das in Artikel D.IV.42 § 1 Absatz 1 Nummer 2 desselben Gesetzbuches erwähnte Einverständnis zur Vorlage von Änderungsplänen und einem entsprechenden Nachtrag zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. zur Umweltverträglichkeitsstudie zu erteilen.

§ 10 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, den in Artikel D.IV.47 § 1 Absatz 2 desselben Gesetzbuches erwähnten Beschluss zu fassen, wenn das Gemeindegremium dem Antragsteller seinen Beschluss nicht innerhalb der vorgesehenen Fristen übermittelt hat, und wenn es nicht die vorgeschriebene oder fakultative Stellungnahme der Regierung ersucht hat. Er wird ermächtigt, den Beschluss bzw. den Beschluss zur Verlängerung der Bearbeitungsfristen dem Antragsteller, dem Gemeindegremium und dem Projektautor zu übermitteln.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, den in Artikel D.IV.47 § 2 Absatz 1 desselben Gesetzbuches erwähnten Beschluss dem Antragsteller, dem Gemeindegremium und dem Projektautor zu übermitteln.

§ 11 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, den in Artikel D.IV.48 desselben Gesetzbuches erwähnten Beschluss, der im Rahmen der gemäß § 2 oder 3 erteilten Vollmachten gefasst wurde, dem Antragsteller, dem Gemeindegremium und dem Projektautor zu übermitteln bzw. den Beschluss zur Verlängerung der Bearbeitungsfristen zu fassen und zu übermitteln.

§ 12 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die in Artikel D.IV.62 § 1 desselben Gesetzbuches beschriebene Aufsicht über die Beschlüsse der Gemeindegremien wahrzunehmen und gemäß den Bestimmungen dieses Artikels die erwähnten Beschlüsse sowie gemäß Artikel D.IV.89 Nummer 1 desselben Gesetzbuches die Genehmigung auszusetzen. Er wird ermächtigt, gemäß Artikel D.IV.62 § 2 desselben Gesetzbuches die Aussetzung dem Gemeindegremium und dem Antragsteller zu übermitteln sowie die Art der Regelwidrigkeit in dem Verfahren, den Mangel in der Begründung oder die Bestimmung, der der erwähnte Beschluss nicht genügt, zu erklären.

§ 13 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, die für gleich lautend bescheinigte Abschrift der in Artikel D.IV.70 desselben Gesetzbuches erwähnten Dokumente anzufertigen.

§ 14 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die in Artikel D.IV.84 § 2 desselben Gesetzbuches erwähnte Verlängerung der Städtebaugenehmigung zu gewähren.

§ 15 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, dem Notar seine Anmerkungen in Bezug auf die in Artikel D.IV.102 § 1 desselben Gesetzbuches erwähnte Aufteilung eines Gutes, das nicht Gegenstand eines Antrags auf eine Verstädterungsgenehmigung ist und dessen zu bildenden Lose insgesamt oder zum Teil völlig oder teilweise zu Wohnzwecken bestimmt sind, zu übermitteln.

§ 16 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die gemäß Artikel D.IV.106 desselben Gesetzbuches vom Inhaber einer Genehmigung zum Aufsuchen von Lagerstätten oder vom Grubenkonzessionsinhaber beantragte Städtebaugenehmigung auszustellen.

§ 17 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel D.V.11 § 1 desselben Gesetzbuches den Entwurf des Areals für eine städtische Flurbereinigung dem Kommunalausschuss zur Stellungnahme zu unterbreiten oder eine öffentliche Untersuchung beim Gemeindegremium zu beantragen.

§ 18 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die in Artikel D.VII.4 desselben Gesetzbuches erwähnte mündliche Mahnung zu bestätigen.

§ 19 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel D.VII.6 Absatz 2 desselben Gesetzbuches das Gemeindegremium zu informieren, wenn eine Beschwerde über einen Antrag auf Regularisierungsgenehmigung in Bezug auf die vom Protokoll betroffenen Handlungen und Arbeiten oder Verstädterung eingereicht wird oder werden könnte.

§ 20 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, den in Artikel D.VII.9 desselben Gesetzbuches erwähnten Befehl zur Unterbrechung der Arbeiten zu bestätigen.

§ 21 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, vor dem Korrekionalgericht die Verhängung der in Artikel D.VII.13 desselben Gesetzbuches erwähnten Maßnahmen zu beantragen.

§ 22 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel D.VII.14 desselben Gesetzbuches von Amts wegen die Vollstreckung des Urteils vornehmen zu können.

§ 23 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, den Zuwiderhandelnden zu der in Artikel D.VII.17 desselben Gesetzbuches erwähnten Konzertierungsversammlung vorzuladen und die Vereinbarung im Hinblick auf einen Antrag auf Regularisierungsgenehmigung festzuhalten.

§ 24 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, unter den in Artikel D.VII.18 § 1 desselben Gesetzbuches erwähnten Bedingungen in Absprache mit dem Gemeindegremium dem Zuwiderhandelnden einen Vergleich vorzuschlagen.

§ 25 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, unter den in Artikel D.VII.21 § 1 desselben Gesetzbuches erwähnten Bedingungen im Einvernehmen mit dem Gemeindegremium dem Zuwiderhandelnden die Wiederherstellungsmaßnahmen und die Frist für deren Durchführung vorzuschreiben. Er wird ermächtigt, nach Abschluss der festgelegten Frist die Durchführung zu protokollieren.

§ 26 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, vor dem Zivilgericht die Verhängung der in Artikel D.VII.22 desselben Gesetzbuches erwähnten Maßnahmen zu fordern.

§ 27 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, die in Artikel D.VII.25 desselben Gesetzbuches erwähnte Bescheinigung auszustellen, in der festgestellt wird, dass das Urteil vollstreckt wurde, dass ein Vergleich zustande kam, oder dass der Betreffende die vorgeschriebene Genehmigung endgültig erhalten und die Arbeiten gemäß den verordnungsrechtlichen Bestimmungen und der Genehmigung ausgeführt hat oder dass Wiederherstellungsarbeiten ausgeführt worden sind.

§ 28 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.IV.26-3 Absatz 1 desselben Gesetzbuches dem Vorlegen von Plänen in einem anderen Maßstab als die verlangten Maßstäbe seine zuzustimmen.

Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.IV.26-3 Absatz 2 desselben Gesetzbuches die Vorlage von ergänzenden Dokumenten zu beantragen, wenn solche für das Verständnis des Projekts unerlässlich sind.

§ 29 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel R.IV.105-1 desselben Gesetzbuches die in Artikel D.IV.102 desselben Gesetzbuches erwähnten Bemerkungen zu übermitteln.

§ 30 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.V.2-1 desselben Gesetzbuches über die Vollständigkeit und die Zulässigkeit des Antrags auf Festlegung des Areals für einen neu zu gestaltenden Standort zu befinden.

§ 31 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die in Artikel R.V.4-1 desselben Gesetzbuches erwähnte Erlaubnis, die im neu zu gestaltenden Standort gelegenen Güter zu veräußern bzw. mit dinglichen Rechten zu belasten, zu erteilen.

§ 32 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.V.7-1 desselben Gesetzbuches über die Vollständigkeit und die Zulässigkeit des Antrags auf Festlegung des Areals für einen Landschafts- und Umweltsanierungsstandort zu befinden.

§ 33 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.VIII.4-1 desselben Gesetzbuches die Gemeinden zu bestimmen, auf deren Gebiet eine öffentliche Untersuchung durchgeführt wird.

§ 34 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.VIII.34-2 desselben Gesetzbuches die in Artikel D.VIII.34 Absatz 2 desselben Gesetzbuches genannte Person abzulehnen.

§ 35 - Ist die Regierung aufgrund der Bestimmungen desselben Gesetzbuches befugt und wird derselbe Fachbereichsleiter aufgrund der Bestimmungen des vorliegenden Artikels bevollmächtigt, so erstrecken sich diese Vollmachten gleichzeitig auf alle Fälle, in denen dasselbe Gesetzbuch das Handeln der "zuständigen Behörde" vorsieht."

Art. 10 - In denselben Erlass wird folgender Artikel 30.1 eingefügt:

"Art. 30.1 - Fachbereich Raumordnung - Globalgenehmigungen

§ 1 - Dem für den Fachbereich Raumordnung zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, in den in Artikel 14 § 2 Absätze 2, 3, 4 und 5 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche erwähnten Fällen gemäß Artikel 26 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region über die Globalgenehmigungsanträge zu befinden.

§ 2 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 19 § 1 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region den über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags gefassten Beschluss oder die Liste der fehlenden Unterlagen an den Antragsteller zu senden.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 19 § 2 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region den Antrag für unzulässig zu erklären, wenn der Antragsteller die ergänzenden Unterlagen nicht fristgerecht einreicht.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 19 § 3 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region den über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags gefassten Beschluss an den Antragsteller zu senden.

§ 3 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 20 Absatz 3 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region die Begutachtungsinstanzen zu bestimmen.

§ 4 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region den in Artikel 25 § 1 des Zusammenarbeitsabkommens erwähnten zusammenfassenden Bericht abzufassen.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 25 § 3 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region den zusammenfassenden Bericht der zuständigen Behörde zuzusenden und den Antragsteller davon in Kenntnis zu setzen.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region die in Artikel 25 § 4 des Zusammenarbeitsabkommens erwähnte Anhörung wahrzunehmen.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 25 § 5 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region die Verlängerung der Fristen zu beschließen.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 25 § 8 Absatz 3 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region dem Einreichen von Änderungsplänen und Nachträgen zur Umweltverträglichkeitsprüfung zuzustimmen.

§ 5 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 29 § 1 desselben Zusammenarbeitsabkommens bei dem gemischten Berufungsausschuss Einspruch gegen den Beschluss der zuständigen Behörde zu erheben."

Art. 11 - In denselben Erlass wird folgender Artikel 30.2 eingefügt:

"Art. 30.2 - Fachbereich Raumordnung - integrierte Genehmigungen

§ 1 - Dem für den Fachbereich Raumordnung zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, in den in Artikel 33 § 2 Absatz 2 Nummern 1, 2, 3 und 4 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche erwähnten Fällen gemäß Artikel 46 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem Beamten für Handelsniederlassungen und ggf. dem technischen Beamten der Wallonischen Region über die Anträge auf integrierte Genehmigung zu befinden.

§ 2 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 37 § 1 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem Beamten für Handelsniederlassungen und ggf. dem technischen Beamten der Wallonischen Region über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags zu befinden.

§ 3 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 40 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem Beamten für Handelsniederlassungen und ggf. dem technischen Beamten der Wallonischen Region die Begutachtungsinstanzen zu bestimmen.

§ 4 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemeinsam mit dem Beamten für Handelsniederlassungen und ggf. dem technischen Beamten der Wallonischen Region den in Artikel 45 § 1 des Zusammenarbeitsabkommens erwähnten zusammenfassenden Bericht abzufassen.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemeinsam mit dem Beamten für Handelsniederlassungen und ggf. dem technischen Beamten der Wallonischen Region die in Artikel 45 § 3 des Zusammenarbeitsabkommens erwähnte Anhörung wahrzunehmen.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 45 § 4 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem Beamten für Handelsniederlassungen und ggf. dem technischen Beamten der Wallonischen Region die Verlängerung der Fristen zu beschließen.

§ 5 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 51 § 1 desselben Zusammenarbeitsabkommens bei dem gemischten Berufungsausschuss Einspruch gegen den Beschluss der zuständigen Behörde zu erheben."

Art. 12 - In denselben Erlass wird folgender Artikel 30.3 eingefügt:

"Art. 30.3 - Fachbereich Raumordnung - kommunale Verkehrswege

Der für den Fachbereich Raumordnung zuständige Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 8 des Dekrets der Wallonischen Region vom 6. Februar 2014 über das kommunale Verkehrsnetz dem Gemeinderat einen Antrag auf Schaffung, Änderung oder Abschaffung eines kommunalen Verkehrsweges zu unterbreiten."

Art. 13 - In Artikel 31 § 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 31. Januar 2019, wird die Wortfolge "des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes" durch die Wortfolge "des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens" ersetzt.

Art. 14 - Artikel 32 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 15 - Artikel 34 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Februar 2017, wird die Wortfolge "des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes" durch die Wortfolge "des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens" ersetzt.

2. § 2 wird aufgehoben.

Art. 16 - In Artikel 35 § 1 desselben Erlasses wird die Wortfolge "des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes" durch die Wortfolge "des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens" ersetzt.

Art. 17 - Artikel 37 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Nummer 2, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Februar 2017, § 1 Nummer 3, § 2 Nummer 1 und § 3 Nummer 1 werden aufgehoben.

2. In § 1 Nummer 4, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Februar 2017, § 1 Nummer 6, § 2 Nummer 2, § 3 Nummer 2 und § 4 Nummer 3 wird die Wortfolge "des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes" durch die Wortfolge "des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens" ersetzt.

Art. 18 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Art. 19 - Die Minister sind, jeder in seinem Zuständigkeitsbereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 19. Dezember 2019

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

Der Minister für Bildung, Forschung und Erziehung
H. MOLLERS

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2020/200575]

19 DECEMBRE 2019. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 69, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 51, modifié par les lois des 16 juillet 1993 et 6 janvier 2014;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 17 décembre 2019;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel, de Budget et de Finances;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. À l'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 3, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 février 2017, les mots « au chef de département ou » sont abrogés;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« En cas d'absence ou d'empêchement d'un chef de département, ses délégations sont, à défaut de dispositions contraires, exercées par un agent désigné par le secrétaire général suppléant chargé du développement du personnel. »

Art. 2. Dans l'article 9, § 1^{er}, du même arrêté, l'alinéa 2 est complété par les mots « ainsi que pour les missions qui sont confiées à des prestataires de services occasionnels dans le cadre de la loi du 18 juillet 2018 relative à la relance économique et au renforcement de la cohésion sociale ».

Art. 3. Dans l'article 10 du même arrêté, l'alinéa 2 est complété par les mots « ainsi que pour les missions qui sont confiées à des prestataires de services occasionnels dans le cadre de la loi du 18 juillet 2018 relative à la relance économique et au renforcement de la cohésion sociale ».

Art. 4. Dans l'article 16, § 1^{er}, du même arrêté, l'alinéa 2 est complété par les mots « ainsi que pour les missions qui sont confiées à des prestataires de services occasionnels dans le cadre de la loi du 18 juillet 2018 relative à la relance économique et au renforcement de la cohésion sociale ».

Art. 5. Dans l'article 21, § 2, du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 février 2017, les mots « ainsi que sur le retrait de ces autorisations ou permis » sont insérés entre les mots « sur les demandes proprement dites, » et les mots « sauf possibilités de dérogation ».

Art. 6. À l'article 22 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 février 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est rétabli dans la rédaction suivante :

« § 1^{er} - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, dans le cadre de l'arrêté du Gouvernement du 25 avril 2019 fixant la procédure d'agrément, d'enregistrement et de reconnaissance des professionnels du secteur des soins de santé et relatif à la délivrance d'une carte professionnelle européenne, sur les demandes d'agrément, d'enregistrement, de reconnaissance et de délivrance d'une carte professionnelle européenne. »;

2° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, dans le cadre de l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019 réglant de manière transitoire la procédure à suivre pour obtenir une autorisation préalable ou un accord aux fins de prise en charge des frais ou de participation aux frais engagés pour une revalidation *long term care* à l'étranger, sur les demandes suivantes, à l'exception des possibilités de recours prévues dans cet arrêté :

1° sur les demandes d'obtention d'une autorisation préalable aux fins d'une prise en charge des frais engagés pour une revalidation *long term care* à l'étranger;

2° sur les demandes de prolongation de la revalidation *long term care* préalablement autorisée conformément au 1°;

3° sur les demandes d'obtention d'un accord aux fins d'une participation aux frais engagés pour une revalidation *long term care* à l'étranger;

4° sur les demandes d'obtention d'un accord aux fins d'une participation aux frais engagés pour des soins exceptionnels à l'étranger;

5° sur les demandes d'obtention d'une participation aux frais de déplacement. »;

3° le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur une demande exceptionnelle introduite par des personnes dépendantes souhaitant avoir recours à un centre de repos et de soins, en application de l'article 24 du décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs. »

Art. 7. À l'article 26 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 février 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 8 est remplacé par ce qui suit :

« § 8 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'octroi d'un simple avis relatif au patrimoine mentionné aux articles D.IV.14.2, D.IV.17.2, D.IV.20.2, D.IV.22.2 et D.IV.23.2 du Code du développement territorial. »;

2° l'article est complété par les §§ 9 et 10 rédigés comme suit :

§ 9 - Le même chef de département est habilité à représenter le ministre compétent en matière de Protection des Monuments lors des réunions de projet mentionnées à l'article D.IV.31 du Code du développement territorial.

§ 10 - Le même chef de département est habilité à émettre les invitations aux réunions de projet mentionnées à l'article D.IV.31 du Code du développement territorial et à rédiger le procès-verbal desdites réunions. »

Art. 8. L'article 29 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 21 février 2017 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 31 janvier 2019, est complété par les § § 19 à 21 rédigés comme suit :

« § 19 - Dans le cadre de l'exécution du titre II, chapitre II, du Code du logement et de l'habitat durable ainsi que de l'arrêté de la Région wallonne du 23 décembre 1998 relatif à l'octroi de subventions aux ménages à revenu modeste pour l'utilisation rationnelle et efficiente de l'énergie, le même chef de département est désigné, en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques, ainsi que la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, comme ordonnateur délégué pour les dépenses prévues au budget des dépenses de la Communauté germanophone, concernant les allocations de base 32.00, 33.00, 34.00, 43.21 et 81.11 du programme 21 de la division organique 50.

§ 20 - Conformément au titre II, chapitre II, du Code du logement et de l'habitat durable délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le droit à des aides pour les personnes physiques.

§ 21 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les garanties de bonne fin de remboursement de prêts mentionnées à l'article 14, § 4, 5^o, du Code du logement et de l'habitat durable. »

Art. 9. L'article 30 du même arrêté, abrogé par l'arrêté du Gouvernement du 21 février 2017, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Art. 30 - Département Aménagement du territoire - Aménagement du territoire et urbanisme

§ 1^{er} - Délégation est donnée au chef de département compétent pour l'Aménagement du territoire pour donner les avis mentionnés aux articles D.IV.16 et D.IV.19 du Code du développement territorial ou, selon le cas, pour donner les avis conformes mentionnés aux articles D.IV.17 et D.IV.20 du même Code.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les demandes de permis pour les actes et travaux mentionnés aux articles D.IV.22, alinéa 1^{er}, 1^o à 10^o, D.IV.22.1 et D.IV.22.2 du même Code.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour délivrer, dans le cadre des délégations données conformément au § 2, les certificats d'urbanisme n^o 2 mentionnés aux articles D.IV.23, D.IV.23.1 et D.IV.23.2 du même Code.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les demandes de certificat ou de permis introduites dans le cadre des réunions de projet mentionnées à l'article D.IV.31 du même Code ou, selon le cas, pour représenter le Gouvernement à ces mêmes réunions.

§ 5 - Le même chef de département est habilité à transmettre au demandeur l'accusé de réception ou, selon le cas, le relevé des pièces manquantes mentionné à l'article D.IV.33, alinéa 1^{er}, du même Code, et délégation lui est donnée afin de fixer le délai lorsque le collège communal, dans le délai mentionné à l'article D.IV.33, alinéa 2, du même Code, n'a pas informé par envoi le Gouvernement du délai dans lequel sa décision est envoyée.

§ 6 - Délégation est donnée au même chef de département pour solliciter, conformément à l'article D.IV.35, § 2, alinéa 2, du même Code, l'avis des services ou des commissions qu'il juge opportun de consulter.

§ 7 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article D.IV.36 du même Code, à communiquer aux services ou commissions ainsi qu'au collège communal le dossier de demande et de solliciter leur avis.

§ 8 - Délégation est donnée au même chef de département pour donner les avis tels que mentionnés à l'article D.IV.39, § 1^{er}, du même Code.

§ 9 - Délégation est donnée au même chef de département pour donner l'accord mentionné à l'article D.IV.42, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, du même Code pour la production de plans modificatifs et d'un complément corollaire de notice d'évaluation préalable des incidences ou d'étude d'incidences.

§ 10 - Délégation est donnée au même chef de département pour former la décision mentionnée à l'article D.IV.47, § 1^{er}, alinéa 2, du même Code, si le collège communal n'a pas transmis sa décision au demandeur dans le délai imparti et qu'il n'a pas sollicité l'avis obligatoire ou facultatif du Gouvernement. Il est habilité à transmettre la décision ou, selon le cas, la décision de prorogation du délai de traitement au demandeur, au collège communal ainsi qu'à l'auteur de projet.

Le même chef de département est habilité à transmettre la décision mentionnée à l'article D.IV.47, § 2, alinéa 1^{er}, du même Code au demandeur, au collège communal et à l'auteur de projet.

§ 11 - Le même chef de département est habilité à transmettre au demandeur, au collège communal et à l'auteur de projet la décision mentionnée à l'article D.IV.48 du même Code et prise dans le cadre de la délégation lui donnée conformément aux § § 2 ou 3 ou, selon le cas, à rédiger et transmettre la décision de prorogation du délai de traitement.

§ 12 - Délégation est donnée au même chef de département pour assurer la vérification des décisions du collège communal, décrite à l'article D.IV.62, § 1^{er}, du même Code et, conformément aux dispositions du même article, à suspendre lesdites décisions ainsi que le permis mentionné à l'article D.IV.89, 1^o, du même Code. Il est habilité, conformément à l'article D.IV.62, § 2, du même Code, à transmettre la suspension au collège communal et au demandeur ainsi qu'à préciser la nature de l'irrégularité dans la procédure, le défaut de motivation ou la disposition à laquelle la décision n'est pas conforme.

§ 13 - Le même chef de département est habilité à établir la copie certifiée conforme des documents mentionnés à l'article D.IV.70 du même Code.

§ 14 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer la prorogation du permis d'urbanisme mentionnée à l'article D.IV.84, § 2, du même Code.

§ 15 - Délégation est donnée au même chef de département pour transmettre au notaire ses remarques concernant la division d'un bien qui ne fait pas l'objet d'une demande de permis d'urbanisation et dont tout ou partie des lots à former sont destinés en tout ou en partie à l'habitation, division mentionnée à l'article D.IV.102, § 1^{er}, du même Code.

§ 16 - Délégation est donnée au même chef de département pour délivrer le permis d'urbanisme sollicité par le titulaire d'un permis de recherche de mines ou par le concessionnaire d'une mine conformément à l'article D.IV.106 du même Code.

§ 17 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article D.V.11, § 1^{er}, du même Code, à soumettre à la consultation de la commission communale le projet de périmètre de remembrement urbain ou à solliciter une enquête publique auprès du collège communal.

§ 18 - Délégation est donnée au même chef de département pour confirmer l'avertissement verbal mentionné à l'article D.VII.4 du même Code.

§ 19 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article D.VII.6, alinéa 2, du même Code, à informer le collège communal s'il est saisi ou susceptible d'être saisi d'un recours sur une demande de permis de régularisation relative aux actes et travaux ou à l'urbanisation, objets du procès-verbal.

§ 20 - Délégation est donnée au même chef de département pour confirmer l'ordre d'interruption des travaux mentionné à l'article D.VII.9 du même Code.

§ 21 - Délégation est donnée au même chef de département pour demander devant le tribunal correctionnel l'application des mesures mentionnées à l'article D.VII.13 du même Code.

§ 22 - Délégation est donnée au même chef de département pour pourvoir d'office à l'exécution du jugement conformément à l'article D.VII.14 du même Code.

§ 23 - Délégation est donnée au même chef de département pour convoquer le contrevenant à la réunion de concertation mentionnée à l'article D.VII.17 du même Code et acter l'accord sur la demande d'un permis de régularisation.

§ 24 - Délégation est donnée au même chef de département pour proposer une transaction au contrevenant, et ce, de commun accord avec le collège communal et selon les conditions mentionnées à l'article D.VII.18, § 1^{er}, du même Code.

§ 25 - Délégation est donnée au même chef de département pour imposer au contrevenant des mesures de restitution et le délai dans lequel elles seront exécutées, et ce, de commun accord avec le collège communal et selon les conditions mentionnées à l'article D.VII.21, § 1^{er}, du même Code. Au terme du délai fixé, il est habilité à acter l'exécution desdites mesures.

§ 26 - Délégation est donnée au même chef de département pour poursuivre devant le tribunal civil l'application des mesures mentionnées à l'article D.VII.22 du même Code.

§ 27 - Le même chef de département est habilité à établir le certificat mentionné à l'article D.VII.25 du même Code et attestant que le jugement a été exécuté, qu'une transaction a été obtenue ou que l'intéressé a obtenu de façon définitive le permis prescrit et a exécuté les travaux conformément aux dispositions réglementaires et au permis ou que des travaux de restitution ont été réalisés.

§ 28 - Délégation est donnée au même chef de département, conformément à l'article R.IV.26-3, alinéa 1^{er}, du même Code, pour approuver la production des plans à une autre échelle que celles arrêtées.

Délégation est donnée au même chef de département, conformément à l'article R.IV.26-3, alinéa 2, du même Code, pour solliciter la production de documents complémentaires si ceux-ci sont indispensables à la compréhension du projet.

§ 29 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article R.IV.105-1 du même Code, à transmettre les observations mentionnées à l'article D.IV.102 du même Code.

§ 30 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, conformément à l'article R.V.2-1 du même Code, sur la complétude et la recevabilité de la demande de délimitation du site à réaménager.

§ 31 - Délégation est donnée au même chef de département pour délivrer l'autorisation mentionnée à l'article R.V.4-1 du même Code d'aliéner ou de grever de droits réels les biens situés dans le site à réaménager.

§ 32 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, conformément à l'article R.V.7-1 du même Code, sur la complétude et la recevabilité de la demande de délimitation du site de réhabilitation paysagère et environnementale.

§ 33 - Délégation est donnée au même chef de département pour désigner, conformément à l'article R.VIII.4-1 du même Code, les communes sur le territoire desquelles une enquête publique sera réalisée.

§ 34 - Délégation est donnée au même chef de département pour récuser, conformément à l'article R.VIII.34-2 du même Code, la personne visée à l'article D.VIII.34, alinéa 2, du même Code.

§ 35 - Si, en vertu des dispositions du même Code, le Gouvernement est habilité et si, en vertu des dispositions du présent article, délégation est donnée au même chef de département, ce mandat couvre en même temps tous les cas dans lesquels le même Code prévoit l'action de "l'autorité compétente". »

Art. 10. Dans le même arrêté, il est inséré un article 30.1 rédigé comme suit :

« Art. 30.1 - Département Aménagement du territoire - Permis uniques

§ 1^{er} - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le Département Aménagement du territoire pour statuer, dans les cas mentionnés à l'article 14, § 2, alinéas 2, 3, 4 et 5, de l'accord de coopération du 14 novembre 2019 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif à l'exercice des compétences en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, sur les demandes de permis uniques, et ce, conformément à l'article 26 du même accord de coopération.

§ 2 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 19, § 1^{er}, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à envoyer au demandeur la décision statuant sur la complétude et la recevabilité de la demande ou la liste des documents manquants.

Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 19, § 2, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à déclarer la demande irrecevable si le demandeur n'introduit pas les compléments dans le délai indiqué.

Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 19, § 3, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à envoyer au demandeur la décision statuant sur la complétude et la recevabilité de la demande.

§ 3 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 20, alinéa 3, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à désigner les instances à consulter.

§ 4 - Le même chef de département est habilité à rédiger, conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, le rapport de synthèse mentionné à l'article 25, § 1^{er}, de l'accord de coopération.

Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 25, § 3, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à envoyer à l'autorité compétente le rapport de synthèse et à en aviser le demandeur.

Le même chef de département est habilité à assister, conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à l'audition mentionnée à l'article 25, § 4, de l'accord de coopération.

Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 25, § 5, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à décider de la prorogation des délais.

Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 25, § 8, alinéa 3, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à approuver la production de plans modificatifs et de compléments corollaires d'évaluation des incidences.

§ 5 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 29, § 1^{er}, du même accord de coopération, à introduire un recours contre la décision émanant de l'autorité compétente auprès de la Commission mixte de recours. »

Art. 11. Dans le même arrêté, il est inséré un article 30.2 rédigé comme suit :

« Art. 30.2 - Département Aménagement du territoire - Permis intégrés

§ 1^{er} - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le Département Aménagement du territoire pour statuer, dans les cas mentionnés à l'article 33, § 2, alinéa 2, 1^o, 2^o, 3^o et 4^o, de l'accord de coopération du 14 novembre 2019 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif à l'exercice des compétences en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes et conjointement avec le fonctionnaire des implantations commerciales et, le cas échéant, le fonctionnaire technique de la Région wallonne, sur les demandes de permis intégrés, et ce, conformément à l'article 46 du même accord de coopération.

§ 2 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 37, § 1^{er}, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire des implantations commerciales et, le cas échéant, le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à statuer sur la complétude et la recevabilité de la demande.

§ 3 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 40 du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire des implantations commerciales et, le cas échéant, le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à désigner les instances à consulter.

§ 4 - Le même chef de département est habilité à rédiger, conjointement avec le fonctionnaire des implantations commerciales et, le cas échéant, le fonctionnaire technique de la Région wallonne, le rapport de synthèse mentionné à l'article 45, § 1^{er}, de l'accord de coopération.

Le même chef de département est habilité à assister, conjointement avec le fonctionnaire des implantations commerciales et, le cas échéant, le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à l'audition mentionnée à l'article 45, § 3, de l'accord de coopération.

Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 45, § 4, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire des implantations commerciales et, le cas échéant, le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à décider de la prorogation des délais.

§ 5 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 51, § 1^{er}, du même accord de coopération, à introduire un recours contre la décision émanant de l'autorité compétente auprès de la Commission mixte de recours. »

Art. 12. Dans le même arrêté, il est inséré un article 30.3 rédigé comme suit :

« Art. 30.3 - Département Aménagement du territoire - Voiries communales

Le chef de département compétent pour le Département Aménagement du territoire est habilité, conformément à l'article 8 du décret de la Région wallonne du 6 février 2014 relatif à la voirie communale, à soumettre au conseil communal une demande de création, de modification ou de suppression d'une voirie communale. »

Art. 13. Dans l'article 31, § 1^{er}, du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 31 janvier 2019, les mots « fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements » sont remplacés par les mots « fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire ».

Art. 14. L'article 32 du même arrêté est abrogé.

Art. 15. À l'article 34 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 février 2017, les mots « fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements » sont remplacés par les mots « fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire »;

2^o le § 2 est abrogé.

Art. 16. À l'article 35, § 1^{er}, du même arrêté, les mots « fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements » sont remplacés par les mots « fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire ».

Art. 17. À l'article 37 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, le 2^o, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 février 2017 et le 3^o sont abrogés et dans les §§ 2 et 3, le 1^o est à chaque fois abrogé;

2^o dans le § 1^{er}, 4^o, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 février 2017, et 6^o, dans le § 2, 2^o, dans le § 3, 2^o et dans le § 4, 3^o, les mots « fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements » sont à chaque fois remplacés par les mots « fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire ».

Art. 18. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2020.

Art. 19. Les ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 19 décembre 2019.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,
A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias,
I. WEYKMANS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,
H. MOLLERS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/200575]

19 DECEMBER 2019. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 69, gewijzigd bij de bijzondere wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 51, gewijzigd bij de wetten van 16 juli 1993 en 6 januari 2014;

Gelet op het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 17 december 2019;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel, Begroting en Financiën;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 2 van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het derde lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017, worden de woorden "een departementshoofd of" opgeheven;

2° het artikel wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"Tenzij anders bepaald worden de bevoegdheden van een departementshoofd bij diens afwezigheid of verhinderd uitgeoefend door een personeelslid dat wordt aangewezen door de plaatsvervangende secretaris-generaal belast met personeelsontwikkeling."

Art. 2. Artikel 9, § 1, tweede lid, van hetzelfde besluit wordt aangevuld met de woorden ", alsook voor opdrachten die in het kader van de wet van 18 juli 2018 betreffende de economische relance en de versterking van de sociale cohesie toegekend worden aan een persoon die occasionele diensten verricht".

Art. 3. Artikel 10, tweede lid, van hetzelfde besluit wordt aangevuld met de woorden ", alsook voor opdrachten die in het kader van de wet van 18 juli 2018 betreffende de economische relance en de versterking van de sociale cohesie toegekend worden aan een persoon die occasionele diensten verricht".

Art. 4. Artikel 16, § 1, tweede lid, van hetzelfde besluit wordt aangevuld met de woorden ", alsook voor opdrachten die in het kader van de wet van 18 juli 2018 betreffende de economische relance en de versterking van de sociale cohesie toegekend worden aan een persoon die occasionele diensten verricht".

Art. 5. Artikel 21, § 2, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017, wordt aangevuld met de woorden ", alsook over de intrekking van die arbeidskaarten en vergunningen".

Art. 6. In artikel 22 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1 wordt hersteld als volgt:

" § 1 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de aanvragen tot registratie, de aanvragen tot erkenning en de aanvragen tot afgifte van de Europese beroepskaart in het kader van het besluit van de Regering van 25 april 2019 tot vaststelling van de procedure voor de registratie en erkenning van de beoefenaars van de gezondheidszorgberoepen en tot afgifte van een Europese beroepskaart."

2° § 2 wordt vervangen als volgt:

" § 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de volgende aanvragen in het kader van het besluit van de Regering van 19 december 2019 tot invoering van een overgangsregeling voor de procedure om een voorafgaande toestemming voor een kostenovername of een instemming met een tegemoetkoming in de kosten te verkrijgen in het kader van een longtermcare-revalidatie in het buitenland, met uitzondering van de daarin bepaalde beroepsmogelijkheden:

1° over aanvragen ter verkrijging van een voorafgaande toestemming voor de overname van de kosten van een longtermcare-revalidatie in het buitenland;

2° over aanvragen tot verlenging van de longtermcare-revalidatie waarvoor een voorafgaande toestemming is gegeven overeenkomstig de bepaling onder 1°;

3° over aanvragen ter verkrijging van een instemming met een tegemoetkoming in de kosten van een longtermcare-revalidatie in het buitenland;

4° over aanvragen ter verkrijging van een instemming met een tegemoetkoming in de kosten van een buitengewone behandeling in het buitenland;

5° over aanvragen ter verkrijging van een tegemoetkoming in de reiskosten."

3° § 4 wordt vervangen als volgt:

" § 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de aanvragen die met toepassing van artikel 24 van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg worden ingediend om personen met ondersteuningsbehoefte bij wijze van uitzondering toestemming te geven om gebruik te maken van een woonzorgcentrum voor ouderen."

Art. 7. In artikel 26 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 8 wordt vervangen als volgt:

" § 8 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afgifte van het niet-dwingend erfgoedadvies vermeld in de artikelen D.IV.14.2, D.IV.17.2, D.IV.20.2, D.IV.22.2 en D.IV.23.2 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling."

2° het artikel wordt aangevuld met een § 9 en een § 10, luidende:

" § 9 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de Minister bevoegd voor Monumentenzorg te vertegenwoordigen op de projectvergadering vermeld in artikel D.IV.31 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling.

§ 10 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de uitnodigingen voor de projectvergadering vermeld in artikel D.IV.31 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling op te maken en om de notulen van de projectvergadering op te stellen."

Art. 8. In artikel 29 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 31 januari 2019, worden de volgende § 19 tot 21 ingevoegd, luidende:

" § 19 - Wat de vastleggingen, juridische verbintenissen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt hetzelfde departementshoofd, in het kader van de uitvoering van titel II, hoofdstuk II, van het Wetboek van duurzaam wonen en in het kader van de uitvoering van het besluit van de Waalse Regering van 23 december 1998 waarbij toelagen worden verleend aan gezinnen met een bescheiden inkomen ter bevordering van rationeel en efficiënt energiegebruik, aangewezen als gedelegeerde ordonnateur voor de in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap bepaalde uitgaven voor de basisallocaties 32.00, 33.00, 34.00, 43.21 en 81.11 van het programma 21 van de organisatieafdeling 50.

§ 20 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig titel II, hoofdstuk II, van het Wetboek van duurzaam wonen te beslissen over het recht op tegemoetkomingen aan natuurlijke personen.

§ 21 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toepassing van de waarborgen voor honorering voor de terugbetaling van hypotheekleningen vermeld in artikel 14, § 4, 5°, van het Wetboek van duurzaam wonen."

Art. 9. Artikel 30 van hetzelfde besluit, opgeheven bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017, wordt hersteld als volgt:

"Art. 30 - Departement Ruimtelijke Ordening - Ruimtelijke Ordening en Stedenbouw

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Ruimtelijke Ordening wordt gemachtigd om te beslissen over de afgifte van de adviezen vermeld in de artikelen D.IV.16 en D.IV.19 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling of, naargelang van het geval, over de afgifte van de eensluidende adviezen vermeld in de artikelen D.IV.17 en D.IV.20 van hetzelfde Wetboek.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de vergunningsaanvragen voor de handelingen en werken vermeld in de artikelen D.IV.22, eerste lid, 1° tot 10°, D.IV.22.1 en D.IV.22.2 van hetzelfde Wetboek.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afgifte van de stedenbouwkundige attesten nr. 2 vermeld in de artikelen D.IV.23, D.IV.23.1 en D.IV.23.2 in het kader van de overeenkomstig § 2 toegekende volmachten.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over aanvragen van attesten of vergunningen in het kader van de projectvergadering vermeld in artikel D.IV.31 van hetzelfde Wetboek of, naargelang van het geval, de Regering daar te vertegenwoordigen.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het bericht van ontvangst of de opsomming van de ontbrekende stukken vermeld in artikel D.IV.33, eerste lid, van hetzelfde Wetboek aan de aanvrager te richten en wordt gemachtigd om de termijn te bepalen wanneer het gemeentecollege de Regering niet binnen de termijn vermeld in artikel D.IV.33, tweede lid, van hetzelfde Wetboek per zending geïnformeerd heeft over de termijn waarbinnen de beslissing van het gemeentecollege wordt verzonden.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of de diensten of commissies die hij nodig acht te raadplegen, overeenkomstig artikel D.IV.35, § 2, tweede lid, van hetzelfde Wetboek om advies worden verzocht.

§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel D.IV.36 van hetzelfde Wetboek het aanvraagdossier aan de diensten of commissies, alsook aan het gemeentecollege te zenden en die instanties om advies te verzoeken.

§ 8 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afgifte van de adviezen vermeld in artikel D.IV.39, § 1, van hetzelfde Wetboek.

§ 9 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afgifte van de instemming vermeld in artikel D.IV.42, § 1, eerste lid, 2°, van hetzelfde Wetboek voor het indienen van wijzigingsplannen en het aanvullend vervolg op de voorafgaande korte uiteenzetting van de milieueffectrapportering of -studie.

§ 10 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de beslissing vermeld in artikel D.IV.47, § 1, tweede lid, van hetzelfde Wetboek te nemen, als het gemeentecollege zijn beslissing niet binnen de gestelde termijn aan de aanvrager heeft gezonden en als het gemeentecollege niet om het verplichte of facultatieve advies van de Regering heeft verzocht. Hij wordt gemachtigd om de beslissing over de behandelingstermijnen of de beslissing tot verlenging ervan aan de aanvrager, het gemeentecollege en de projectontwerper te zenden.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de beslissing vermeld in artikel D.IV.47, § 2, eerste lid, van hetzelfde Wetboek aan de aanvrager, het gemeentecollege en de projectontwerper te zenden.

§ 11 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de beslissing vermeld in artikel D.IV.48 van hetzelfde Wetboek die in het kader van de overeenkomstig de § 2 en 3 toegekende volmachten werd genomen, aan de aanvrager, het gemeentecollege en de projectontwerper te zenden of, naargelang van het geval, de beslissing tot verlenging van de behandelingstermijnen te nemen en te zenden.

§ 12 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de uitoefening van het toezicht op de beslissingen van de gemeentecolleges vermeld in artikel D.IV.62, § 1, van hetzelfde Wetboek en om overeenkomstig de bepalingen van dat artikel de vermelde beslissingen op te schorten, alsook overeenkomstig artikel D.IV.89, 1°, van hetzelfde Wetboek de vergunning op te schorten. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de opschorting overeenkomstig artikel D.IV.62, § 2, van hetzelfde Wetboek aan het gemeentecollege en aan de aanvrager te zenden, alsook om de aard van de onregelmatigheid in de procedure, het gebrek aan redenen of de bepaling waarmee de beslissing niet conform is, te bepalen.

§ 13 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het afschrift van de documenten vermeld in artikel D.IV.70 van hetzelfde Wetboek voor echt te verklaren.

§ 14 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de verlenging van de stedenbouwkundige vergunning vermeld in artikel D.IV.84, § 2, van hetzelfde Wetboek.

§ 15 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om zijn opmerkingen over de in artikel D.IV.102, § 1, van hetzelfde Wetboek vermelde verdeling van een goed dat niet het voorwerp uitmaakt van een aanvraag voor een bebouwingsvergunning en waarvan alle of een deel van de te vormen kavels geheel of gedeeltelijk voor bewoning bestemd zijn, aan de notaris mee te delen.

§ 16 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afgifte van de stedenbouwkundige vergunning die overeenkomstig artikel D.IV.106 van hetzelfde Wetboek door de houder van een mijnprospectievergunning of door de houder van een mijnconcessie wordt aangevraagd.

§ 17 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel D.V.11, § 1, van hetzelfde Wetboek het ontwerp van stedelijke verkavelingsomtrek voor advies voor te leggen aan de gemeentecommissie of om een openbaar onderzoek bij het gemeentecollege aan te vragen.

§ 18 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de bevestiging van de mondelinge waarschuwing vermeld in artikel D.IV.4 van hetzelfde Wetboek.

§ 19 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het gemeentecollege overeenkomstig artikel D.VII.6, tweede lid, van hetzelfde Wetboek in kennis te stellen, indien een beroep aanhangig wordt gemaakt of zou kunnen worden gemaakt over een aanvraag voor een regularisatievergunning betreffende de handelingen en werken of de bebouwing die het voorwerp hebben uitgemaakt van het proces-verbaal.

§ 20 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de bevestiging van het bevel tot onderbreking van de werken vermeld in artikel D.VII.9 van hetzelfde Wetboek.

§ 21 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of de correctionele rechtbank verzocht wordt om de maatregelen vermeld in D.VII.13 van hetzelfde Wetboek op te leggen.

§ 22 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of overeenkomstig artikel D.VII.14 van hetzelfde Wetboek van ambtswege in de uitvoering van het vonnis kan wordt voorzien.

§ 23 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of de overtreder opgeroepen wordt voor de overlegvergadering vermeld in artikel D.VII.17 van hetzelfde Wetboek en om te beslissen of een overeenkomst met het oog op een aanvraag voor een regularisatievergunning geprotocolleerd wordt.

§ 24 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of in overeenstemming met het gemeentecollege een vergelijk met de overtreder wordt voorgesteld onder de voorwaarden vermeld in artikel D.VII.18, § 1, van hetzelfde Wetboek.

§ 25 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of de overtreder onder de voorwaarden vermeld in artikel D.VII.21, § 1, van hetzelfde Wetboek en in overeenstemming met het gemeentecollege teruggavemaatregelen en een termijn voor de uitvoering van die maatregelen worden opgelegd. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de uitvoering na afloop van de gestelde termijn te protocolleren.

§ 26 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of een vervolging voor de burgerlijke rechtbank wordt ingesteld om de maatregelen vermeld in D.VII.22 van hetzelfde Wetboek op te leggen.

§ 27 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het certificaat vermeld in artikel D.VII.25 van hetzelfde Wetboek af te geven waarin wordt vastgesteld dat het vonnis uitgevoerd is, dat een vergelijk tot stand is gekomen of dat de betrokkene de voorgeschreven vergunning definitief heeft verkregen en de werken overeenkomstig de verordenende bepalingen en de vergunning heeft uitgevoerd of dat teruggavewerken zijn verricht.

§ 28 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of overeenkomstig artikel R.IV.26-3, eerste lid, van hetzelfde Wetboek toestemming wordt gegeven om plannen op een andere schaal dan de verlangde schaal voor te leggen.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of overeenkomstig artikel R.IV.26-3, tweede lid, van hetzelfde Wetboek verzocht wordt om bijkomende documenten voor te leggen als die onontbeerlijk zijn voor het goed begrip van het project.

§ 29 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel R.IV.105-1 van hetzelfde Wetboek de opmerkingen vermeld in artikel D.IV.102 van hetzelfde Wetboek over te maken.

§ 30 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of overeenkomstig artikel R.V.2-1 van hetzelfde Wetboek een beslissing wordt genomen over de volledigheid en de ontvankelijkheid van de aanvraag tot aanneming van een omtrek voor een te herontwikkelen locatie.

§ 31 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toelating vermeld in artikel R.V.4-1 van hetzelfde Wetboek om de in de te herontwikkelen locatie gelegen goederen te vervoerden of met zakelijke rechten te bezwaren.

§ 32 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel R.V.7-1 van hetzelfde Wetboek te beslissen over de volledigheid en de ontvankelijkheid van de aanvraag voor een site bestemd voor herontwikkeling wat betreft de landschappen en het leefmilieu.

§ 33 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel R.VIII.4-1 van hetzelfde Wetboek te beslissen over de aanwijzing van de gemeenten op wier grondgebied een openbaar onderzoek wordt uitgevoerd.

§ 34 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel R.VIII.34-2 van hetzelfde Wetboek te beslissen of de persoon bedoeld in artikel D.VIII.34, tweede lid, van hetzelfde Wetboek wordt gewraakt.

§ 35 - Als de Regering op grond van de bepalingen van hetzelfde Wetboek bevoegd is en als hetzelfde departementshoofd op grond van de bepalingen van dit artikel gemachtigd wordt, dan gelden die machtigingen gelijktijdig voor alle gevallen waarin hetzelfde Wetboek in het handelen van de "bevoegde overheid" voorziet."

Art. 10. In hetzelfde besluit wordt een artikel 30.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 30.1 - Departement Ruimtelijke Ordening - Globale vergunningen

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Ruimtelijke Ordening wordt gemachtigd om, in de gevallen vermeld in artikel 14, § 2, tweede, derde, vierde en vijfde lid, van het Samenwerkingsakkoord van 14 november 2019 tussen het Waals Gewest en de Duitstalige Gemeenschap over de uitoefening van de bevoegdheden inzake ruimtelijke ordening en bepaalde aanverwante materies, overeenkomstig artikel 26 van hetzelfde Samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest over de globale vergunningen te beslissen.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd overeenkomstig artikel 19, § 1, van hetzelfde Samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest het besluit betreffende de volledigheid en de ontvankelijkheid van de aanvraag of de opsomming van de ontbrekende stukken toe te zenden aan de aanvrager.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd overeenkomstig artikel 19, § 2, van hetzelfde Samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest de aanvraag niet-ontvankelijk te verklaren, als de aanvrager de bijkomende documenten niet binnen de gestelde termijn indient.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd overeenkomstig artikel 19, § 3, van hetzelfde Samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest het besluit betreffende de volledigheid en de ontvankelijkheid van de aanvraag toe te zenden aan de aanvrager.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 20, derde lid, van hetzelfde Samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest de adviesinstanties te bepalen.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest het verslag vermeld in artikel 25, § 1, van het Samenwerkingsakkoord te maken.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd overeenkomstig artikel 25, § 3, van hetzelfde Samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest het syntheseverslag aan de bevoegde overheid te zenden en de aanvrager daarvan in kennis te stellen.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest de hoorzitting vermeld in artikel 25, § 4, van het Samenwerkingsakkoord bij te wonen.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 25, § 5, van hetzelfde Samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest over de verlenging van de termijnen te beslissen.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 25, § 8, derde lid, van hetzelfde Samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest in te stemmen met het indienen van wijzigingsplannen en aanvullingen op de milieueffectenbeoordeling.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 29, § 1, van hetzelfde Samenwerkingsakkoord bij de gemengde beroepscommissie beroep in te stellen tegen de beslissing van de bevoegde overheid."

Art. 11. In hetzelfde besluit wordt een artikel 30.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 30.2 - Departement Ruimtelijke Ordening - Geïntegreerde vergunningen

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Ruimtelijke Ordening wordt gemachtigd om, in de gevallen vermeld in artikel 33, § 2, tweede lid, 1^o, 2^o, 3^o en 4^o, van het Samenwerkingsakkoord van 14 november 2019 tussen het Waals Gewest en de Duitstalige Gemeenschap over de uitoefening van de bevoegdheden inzake ruimtelijke ordening en bepaalde aanverwante materies, overeenkomstig artikel 46 van hetzelfde Samenwerkingsakkoord samen met de ambtenaar van de handelsvestigingen en in voorkomend geval met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest over de aanvragen voor een geïntegreerde vergunning te beslissen.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 37, § 1, van hetzelfde Samenwerkingsakkoord samen met de ambtenaar van de handelsvestigingen en in voorkomend geval met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest over de volledigheid en ontvankelijkheid van de aanvraag te beslissen.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 40 van hetzelfde Samenwerkingsakkoord samen met de ambtenaar van de handelsvestigingen en in voorkomend geval met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest de adviesinstanties te bepalen.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om samen met de ambtenaar van de handelsvestigingen en in voorkomend geval met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest het syntheseverslag vermeld in artikel 45, § 1, van het Samenwerkingsakkoord te maken.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om samen met de ambtenaar van de handelsvestigingen en in voorkomend geval met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest de hoorzitting vermeld in artikel 45, § 3, van het Samenwerkingsakkoord bij te wonen.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 45, § 4, van hetzelfde Samenwerkingsakkoord samen met de ambtenaar van de handelsvestigingen en in voorkomend geval met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest over de verlenging van de termijnen te beslissen.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 51, § 1, van hetzelfde Samenwerkingsakkoord bij de gemengde beroepscommissie beroep in te stellen tegen de beslissing van de bevoegde overheid."

Art. 12. In hetzelfde besluit wordt een artikel 30.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 30.3 - Departement Ruimtelijke Ordening - Gemeentewegen

Het departementshoofd bevoegd voor het departement Ruimtelijke Ordening wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 8 van het decreet van het Waals Gewest van 6 februari 2014 betreffende de gemeentewegen, aan de gemeenteraad een aanvraag tot aanleg, wijziging of opheffing van een gemeenteweg voor te leggen."

Art. 13. In artikel 31, § 1, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 31 januari 2019, worden de woorden "het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen" vervangen door de woorden "het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs".

Art. 14. Artikel 32 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 15. In artikel 34 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o in § 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017, worden de woorden "het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen" vervangen door de woorden "het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs";

2^o paragraaf 2 wordt opgeheven.

Art. 16. In artikel 35, § 1, van hetzelfde besluit worden de woorden "het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen" vervangen door de woorden "het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs".

Art. 17. In artikel 37 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o § 1, 2^o, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017, § 1, 3^o, § 2, 1^o, en § 3, 1^o, worden opgeheven;

2^o in § 1, 4^o, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017, § 1, 6^o, § 2, 2^o, § 3, 2^o, en § 4, 3^o, worden de woorden "het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen" vervangen door de woorden "het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs".

Art. 18. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2020.

Art. 19. De ministers zijn, ieder wat hem of haar betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 19 december 2019

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,
A. ANTONIADIS

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,
I. WEYKMANS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,
H. MOLLERS

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/200576]

15. OKTOBER 2019 — Ministerieller Erlass zur Indexierung der Zuschüsse im Rahmen der Beschäftigungsförderung

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien,

Aufgrund des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, Artikel 14 § 3, Artikel 22, Artikel 26 § 4 Nr. 1, Artikel 55 und Artikel 57;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, Artikel 5;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden, Artikel 4 § 3 Absätze 2 und 3;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen, Artikel 5-7;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, Artikel 22, 32, 40 und 46;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. November 2018 zur Festlegung der Basiszuwendung und der Zusatzzuwendungen im Rahmen der AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, Artikel 1 und 2;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2019 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Minister;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2019 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 14. Oktober 2019;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 14. Oktober 2019,

Beschließt:

KAPITEL 1 — *Indexierung von Zuschüssen im Rahmen der AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung*

Artikel 1 - Artikel 11 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung wird wie folgt abgeändert:

1. in Paragraph 2 Absatz 1 wird der Betrag "500 Euro" ersetzt durch den Betrag "510,92 Euro";
2. in Paragraph 2 Absatz 2 wird der Betrag "300 Euro" ersetzt durch den Betrag "306,55 Euro";
3. in Paragraph 3 Absatz 1 wird der Betrag "1.000 Euro" ersetzt durch den Betrag "1.021,83 Euro";
4. in Paragraph 3 Absatz 2 wird der Betrag "600 Euro" ersetzt durch den Betrag "613,10 Euro";
5. in Paragraph 3 Absatz 3 wird der Betrag "300 Euro" ersetzt durch den Betrag "306,55 Euro".

Art. 2 - Artikel 13 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Paragraph 1 wird der Betrag "500 Euro" ersetzt durch den Betrag "510,92 Euro";
2. in Paragraph 2 Absatz 1 wird der Betrag "1.000 Euro" ersetzt durch den Betrag "1.021,83 Euro";
3. in Paragraph 2 Absatz 2 wird der Betrag "600 Euro" ersetzt durch den Betrag "613,10 Euro".

Art. 3 - Artikel 21 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Paragraph 1 Absatz 1 wird der Betrag "1.000 Euro" ersetzt durch den Betrag "1.021,83 Euro";
2. in Paragraph 1 Absatz 2 wird der Betrag "917 Euro" ersetzt durch den Betrag "937,02 Euro";
3. in Paragraph 2 Absatz 1 wird der Betrag "1.833 Euro" ersetzt durch den Betrag "1.873,02 Euro";
4. in Paragraph 2 Absatz 2 wird der Betrag "1.750 Euro" ersetzt durch den Betrag "1.788,21 Euro".

Art. 4 - Artikel 26 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Paragraph 1 Absatz 1 wird der Betrag "1.000 Euro" ersetzt durch den Betrag "1.021,83 Euro";
2. in Paragraph 1 Absatz 2 wird der Betrag "917 Euro" ersetzt durch den Betrag "937,02 Euro";
3. in Paragraph 2 Absatz 1 wird der Betrag "1.833 Euro" ersetzt durch den Betrag "1.873,02 Euro";
4. in Paragraph 2 Absatz 2 wird der Betrag "1.750 Euro" ersetzt durch den Betrag "1.788,21 Euro".